



Bundesministerium
der Finanzen

Finanz- und Wirtschaftspolitik



Deutsches Stabilitätsprogramm

Aktualisierung Dezember 2006



Deutsches Stabilitätsprogramm

Aktualisierung Dezember 2006

Vorbemerkung	4
1 Zusammenfassung.....	5
2 Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.....	6
2.1 Qualität der öffentlichen Finanzen	6
2.2 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.....	11
2.3 Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext	15
3 Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2010	16
3.1 Annahmen der Wachstumsvorausschätzung für das Jahr 2007 und die mittlere Frist	16
3.2 Gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland im Jahr 2006.....	17
3.3 Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Gesamtwirtschaft	17
4 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte.....	20
4.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos	20
4.2 Entwicklung von Ausgaben- und Einnahmen	23
4.3 Entwicklung des strukturellen Defizits/Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel	25
4.4 Entwicklung des Schuldenstandes	27
4.5 Sensitivität der Defizitprojektion.....	27
Anhang.....	29

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Ergebnisse der Gemeinschaftsrechnungen zur Entwicklung staatlicher Ausgabenbereiche in langfristiger Perspektive	14
Tab. 2: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2006 bis 2010.....	19
Tab. 3: Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos	20
Tab. 5: Entwicklung der Steuer-, Sozialbeitrags- und Abgabenquote	23
Tab. 6: Entwicklung der Staatsquote	24
Tab. 7: Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos.....	26
Tab. 8: Entwicklung der Schuldenquote	27
Tab. 9: Sensitivität der Defizitprojektion.....	28
Tab. 10: Entwicklung der Staatsfinanzen ⁽¹⁾	29

Anhang:

Tab. 11: Entwicklung des Schuldenstandes des Staates („Maastricht“-Schuldenstand).....	30
Tab. 12: Gegenüberstellung der Projektionen des Stabilitätsprogramms Dezember 2006 und des Stabilitätsprogramms Februar 2006	30

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Jahresdurchschnittliche Entwicklung einzelner Ausgabenpositionen 2005 bis 2010	25
---	----

Vorbemerkung

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1055/2005 vom 27. Juni 2005 – sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem Ecofin-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die Mitgliedstaaten, die nicht die gemeinsame Währung angenommen haben, legen entsprechend Konvergenzprogramme vor.

Die vorliegende Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 29. November 2006 durch das Bundeskabinett gebilligt.

Das Programm folgt in Format und Inhalt den Vorgaben, die in den Richtlinien zu Form und Inhalt der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme („Verhaltenskodex“) vom September 2005 festgelegt wurden.

Das Bundesministerium der Finanzen veröffentlicht das aktualisierte Stabilitätsprogramm u.a. über das Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de

1 Zusammenfassung

- Zentrales finanzpolitisches Ziel ist es, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern. Hierfür sind die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung gleichermaßen unabdingbar.
- Neben der quantitativen Konsolidierung gilt es, die Qualität der öffentlichen Finanzen als Maßstab des finanzpolitischen Handels zu beachten. Nur mit Haushaltsstrukturen, die sich an einer nachhaltig wachstumsfördernden und gesamtwirtschaftlich effizienten Ausgestaltung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen orientieren, wird ein dauerhaft höherer Wachstumspfad erreichbar sein.
- Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung ist ausgaben- und einnahmenseitig ausgewogen. Um die notwendigen strukturellen Konsolidierungsschritte zu erreichen und zugleich Investitionen in Zukunftsbereiche zu ermöglichen, sind auch Maßnahmen zur Stabilisierung der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte notwendig.
- Die Bundesregierung rechnet 2006 mit einer Zunahme des BIP von real rd. 2,3 % (nominal 2,9 %). Im Jahr 2007 dürfte das reale Wirtschaftswachstum rund 1,4 % (nominal 2,6 %) betragen. In den Jahren 2008 und 2009 wird im Durchschnitt von einem realen Anstieg des BIP um $1\frac{3}{4}$ % ausgegangen.
- Das gesamtstaatliche Defizit wird im Jahr 2006 auf -2,1% des BIP und somit deutlich unter den Referenzwert des Maastricht-Vertrages gesenkt. Hierzu hat die finanz- und wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung mit der Entscheidung für eine konjunkturgerechte Haushaltskonsolidierung einen wichtigen Beitrag geleistet.
- 2007 wird die gesamtstaatliche Defizitquote weiter auf rd. $-1\frac{1}{2}$ % zurückgeführt. Das strukturelle Defizit wird 2006 und 2007 kumuliert um mehr als 1 %-Punkt reduziert.

2 Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Eine zentrale Aufgabe der Finanzpolitik in Deutschland ist die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Denn eine solide und glaubwürdige Finanzpolitik ist unabdingbar, um dauerhaft günstige Wachstumsbedingungen zu gewährleisten. Gleichzeitig hängt der Erfolg der Haushaltskonsolidierung entscheidend von einem angemessenen Wachstum und einem Anstieg der Beschäftigung ab – dies haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre in Deutschland deutlich gezeigt. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist deshalb gleichermaßen auf die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet. Beide Ziele bedingen sich gegenseitig und müssen gleichermaßen erreicht werden, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte langfristig sicherzustellen.

2.1 Qualität der öffentlichen Finanzen¹

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte nicht nur an quantitativen Kriterien ausgerichtet werden. Es gilt vielmehr, auch die Qualität der öffentlichen Finanzen als Zielstellung finanzpolitischer Handlung aufzunehmen: Nur mit Haushaltsstrukturen, die sich an einer nachhaltig wachstumsfördernden und gesamtwirtschaftlich effizienten Ausgestaltung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen orientieren, wird ein dauerhaft höherer Wachstumspfad erreichbar sein.

Diese Erkenntnis sollte auch bei der strukturellen Haushaltskonsolidierung ihren Niederschlag finden. Neben der unbestritten notwendigen Konsolidierung auf der Ausgabenseite durch die Realisierung vorhandener Einspar- und Effizienzpotenziale gilt es – wie z.B. mit dem Impulsprogramm der Bundesregierung – den Einstieg in eine Umschichtung staatlicher Mittel hin zu Zukunftsausgaben zu erreichen.

Neben der Ausgabenseite ist auch die Einnahmenseite ein wichtiger Faktor bei der Qualität der öffentlichen Finanzen. Die staatliche Einnahmenseite ist – analog zur Ausgabenseite – im Hinblick auf ihre Wachstums- und Beschäftigungseffekte zu beurteilen. Der von der Bundesregierung fortgesetzte Abbau von Steuersubventionen ist hierbei ebenso ein wichtiger Beitrag für eine Erhöhung der Effizienz auf der Einnahmenseite öffentlicher Haushalte wie eine ökonomisch effiziente Ausgestaltung der einzelnen Steuerarten durch weitere Steuervereinfachung. Mittel- und langfristig kann sich auch durch die veränderte Gewichtung von direkten und indirekten Steuern die Qualität der Staatsfinanzen verbessern: Wenn auf lange Sicht durch die Anhebung der indirekten Steuern die direkten Steuer- und Abgabelasten gesenkt werden, kann dies zur

¹ Die in Kapitel 2.1 aufgeführten Maßnahmen sind in Abgrenzung der Finanzstatistik dargestellt.

Stärkung der ökonomischen Leistungsanreize und damit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Beschäftigung und Wachstum beitragen.

Institutionelle Rahmenbedingungen und nationale Budgetregeln sind ein wichtiger Einflussfaktor für zukunftsorientierte Haushaltsstrukturen. In seinen Schlussfolgerungen vom 10. Oktober 2006 hat der ECOFIN-Rat die wichtige Rolle nationaler Regelungen - insbesondere im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung und die Vermeidung prozyklischer Finanzpolitik - nochmals hervorgehoben. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der öffentlichen Haushalte gilt es deshalb, auch die derzeitige Ausgestaltung der nationalen Fiskalregeln in Deutschland einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung weiter verbessern

Ein ausreichend hohes Wachstums- und Beschäftigungsniveau ist unverzichtbar für die erfolgreiche Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Bundesregierung stellt daher in dieser Legislaturperiode im Rahmen eines Impulsprogramms zusätzlich rd. 25 Mrd. € für ein Maßnahmenpaket zur Verfügung, das die Wachstumsdynamik stärkt und die Rahmenbedingungen für Investitionen und Beschäftigung nachhaltig verbessert.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Lohnzusatzkosten dauerhaft auf unter 40% zu senken und damit ein entscheidendes Hemmnis zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse abzubauen. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll vor diesem Hintergrund ab 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % reduziert werden. Dies wird durch Einsatz eines vollen Umsatzsteuerpunktes sowie Effizienzgewinne und Effektivitätssteigerungen der Bundesagentur für Arbeit finanziert.

Um die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu verbessern, ist ab 2008 eine Reform der Unternehmensbesteuerung vorgesehen, für die am 2. November 2006 konkrete Gestaltungsleitlinien beschlossen wurden:

- Unternehmen, die ihre Erträge schon jetzt in Deutschland versteuern, sollen entlastet werden. Zu diesem Zweck wird die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften von derzeit rund 38,7% auf unter 30% verringert.
- Für Personenunternehmen wird die Möglichkeit eingeführt, Gewinne steuerbegünstigt zu thesaurieren. Die Belastung orientiert sich dabei am nominalen Steuersatz für Kapitalgesellschaften, so dass eine weitgehende rechtsformunabhängige Belastung erreicht wird.
- Die Gestaltungsmöglichkeiten zur Verlagerung in Deutschland erwirtschaftete Erträge ins Ausland, sollen reduziert werden: Bei der Körperschaftsteuer wird der bisherige § 8a KStG, der die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Gesellschafterfremdfinanzierung eindämmen soll, durch eine sogenannte „Zinsschranke“ ersetzt. Hiermit

soll die Attraktivität einer Gewinnverlagerung deutscher Unternehmen durch ausländische Mutterkonzerne über Lizenzzahlungen und erhöhte Fremdkapitalfinanzierung reduziert werden.

- Die Gewerbesteuer bleibt zur Sicherung der kommunalen Investitionskraft erhalten. Sie soll mit der Reform durch weitere Elemente zur Steuervereinfachung und Einschränkung von Gestaltungsspielräumen ergänzt werden. Künftig entfällt die 50%ige Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen, dafür sollen alle Zinsen sowie die Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasungsraten und Lizenzen einer 25%igen Abzugsbegrenzung unterliegen. Ein Freibetrag von 100.000 € entlastet vor allem mittelständische Unternehmen. Durch die Änderungen wird der steuerliche Vorteil einer Fremdfinanzierung vermindert und der Anreiz zur Eigenkapitalbildung erhöht – ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der generell niedrigen Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen.

Mit der Reform der Unternehmensbesteuerung werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen nachhaltig verbessert. Sie ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Sicherung der Steuerbasis in Deutschland. Mit der zum 1. Januar 2009 vorgesehen Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkommen wird die Attraktivität des Kapitalstandorts Deutschlands weiter gestärkt. Vorgesehen ist ein Steuersatz von 25%.

Die geplanten Maßnahmen zur Entlastung der Kapitalgesellschaften und Personenernehmen sowie die neue Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkommen sollen - auch im Hinblick auf die Konsolidierungsnotwendigkeiten - haushaltsverträglich ausgestaltet werden. Die entlastenden Maßnahmen haben ein jährliches Gesamtvolumen von rund 30 Mrd. € von denen 25 Mrd. € durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen gegenfinanziert werden. Insgesamt werden die Reformmaßnahmen bei voller Jahreswirkung zu Steuerausfällen in Höhe von rund 5 Mrd. € führen.

Ergänzend zur Reform der Unternehmensbesteuerung ist im Rahmen einer Änderung des Erbschaftsteuerrechts ab 1. Januar 2007 eine Erleichterung der Unternehmensnachfolge geplant.

Strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorantreiben

Angesichts der großen strukturellen Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben in den öffentlichen Haushalten bedarf es eines umfassenden Maßnahmenpakets zur nachhaltigen Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung gestaltet sich hierbei ausgaben- und einnahmenseitig ausgewogen.

Im Bundeshaushalt werden die Konsolidierungsbeiträge auf der Ausgabenseite in dieser Legislaturperiode durch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität bei der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die befristete Verringerung des

Zuschusses an die gesetzlichen Krankenkassen, Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung und bei einzelnen Fördertatbeständen erbracht.

In der kurzen Frist ist der Spielraum für weitere Einsparungen auf der Ausgabenseite jedoch nicht ausreichend, um die notwendigen strukturellen Konsolidierungsschritte zu erreichen. Dies gilt um so mehr, wenn man beachtet, dass die Realisierung von Konsolidierungszielen über die Ausgabenseite nicht zu Lasten solcher Investitionen in Sach- und Humankapital gehen sollte, die zur Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzial unverzichtbar sind.

Zur Schließung der strukturellen Lücke in den öffentlichen Haushalten sowie zur dauerhaften Erfüllung der verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 115 GG und der Verpflichtungen des Maastricht-Vertrages sind deshalb auch Konsolidierungsbeiträge der Einnahmenseite unverzichtbar. Dies gilt unabhängig von der aktuell positiven Entwicklung der Steuereinnahmen, die im starken Maße konjunkturell bedingt ist und an der Notwendigkeit zur strukturellen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nichts ändert.

Im Vordergrund der einnahmenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen steht der Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen. Aufgrund der strukturellen Unterdeckung der öffentlichen Haushalte ist zudem ab 1. Januar 2007 die Anhebung der Umsatz- und Versicherungsteuer um 3 Prozentpunkte notwendig. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz bleibt unberührt. Nach der Erhöhung wird sich Deutschland bei den Regelsteuersätzen der Umsatzbesteuerung im europäischen Mittelfeld befinden.

Die Anhebung der Umsatzsteuer ist dabei im Zusammenhang mit der Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und den massiven Entlastungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer in den vergangenen Jahren zu betrachten. Die Absenkung der direkten Steuer- und Abgabenlasten und die im Gegenzug erfolgte Stärkung der indirekten Besteuerung ist ein Element einer wachstumsfreundlichen und wettbewerbsfähigen Einnahmenstruktur. Dieses Bild ändert sich auch nicht unter Einbeziehung der Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und der Anhebung des Spitzensteuersatzes für höchste private Einkommen ab 1. Januar 2007.

Unterschreiten des Defizitreferenzwerts des Maastricht-Vertrages bereits 2006 - volle Wirksamkeit des Konsolidierungspakets mit Bundeshaushalt 2007

Nachdem die Bundesregierung vor dem Hintergrund der labilen konjunkturellen Lage Ende des Jahres 2005 bei der Haushaltsplanung für 2006 bewusst auf eine übermäßig restriktive Ausgabenlinie verzichtet hat, wird das Konsolidierungspaket mit dem Haushalt 2007 seine volle Wirkung entfalten. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass die konjunkturelle Belebung im kommenden Jahr stabil genug sein wird, die zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen zu verkraften.

Neben der Erhöhung des Regelsteuersatzes der Umsatz- und Versicherungsteuer steigen im Bundeshaushalt 2007 auch die Konsolidierungsbeiträge durch Einsparungen und den Abbau von Steuersubventionen bzw. steuerlichen Sonderregelungen an. Diese übersteigen in der Gesamtheit den Konsolidierungsbeitrag der Erhöhung der Umsatz- und Versicherungsteuer.

Durch die strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen gelingt es, die Regelgrenze des Art. 115 GG ab 2007 wieder einzuhalten. Der Referenzwert des Maastricht-Vertrages für das gesamtstaatliche Defizit wird bereits 2006 wieder deutlich unterschritten. Allerdings ist die positive Haushaltsentwicklung bislang stark durch die konjunkturelle Belebung bedingt. Der Bundeshaushalt 2007 ist deshalb ein entscheidender Schritt für die nachhaltige strukturelle Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Reform des Föderalismus

In Deutschland werden die Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik maßgeblich durch die föderale Struktur des Bundesstaates mitbestimmt. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte erste Stufe der Föderalismusreform mit dem Abbau effizienz hinderlicher Zuständigkeitsverflechtungen und einer partiellen Neuordnung der Gesetzgebungszuständigkeiten ist im September 2006 in Kraft getreten.

Bund und Länder haben beschlossen, in einem zweiten Reformschritt die Bund-Länder-Finanzbeziehungen den veränderten Rahmenbedingungen inner- und außerhalb Deutschlands, insbesondere für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik, anzupassen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2006 im Verfahren zur Haushaltsnotlage Berlins muss dabei in die Beratungen zur zweiten Reformstufe einbezogen werden. Es verdeutlicht die Notwendigkeit institutionelle Rahmenbedingungen zu entwickeln, die die Haushaltsdisziplin der staatlichen Ebenen gewährleistet und der Entstehung von Haushaltsnotlagen frühzeitig entgegenwirkt.

2.2 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Deutschlands Bevölkerungsstruktur wird sich - gemäß den auf nationaler wie internationaler Ebene erstellten langfristigen Vorausschätzungen - in den kommenden Jahren aufgrund anhaltend niedriger Geburtenraten und steigender Lebenserwartung stark verändern. Wenn die heute noch aktiven geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit in den Ruhestand treten, wird der Altenquotient - d.h. die Relation der Bevölkerung im Rentenalter zur Bevölkerung im Erwerbsalter - viel höher liegen als in der Vergangenheit. Das Statistische Bundesamt in Deutschland kommt dabei in seiner neuen Bevölkerungsvorausberechnung zu dem Ergebnis, dass sich die Altersstruktur der Bevölkerung noch stärker zu Lasten der jüngeren Generationen verschieben wird, als bislang angenommen.² Dies lässt bei unveränderten rechtlichen Rahmenbedingungen für die besonders demographieabhängigen Ausgabenkategorien einem zunehmenden Ausgabendruck in den öffentlichen Haushalten erwarten.

Die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte langfristig zu sichern, ist eines der zentralen Ziele der Bundesregierung. Nur durch eine geringere öffentliche Verschuldung, bessere Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung und weiteren Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen kann die demographische Herausforderung erfolgreich bewältigt werden. Bereits durchgeführte Reformen zeigen klare Erfolge und bestätigen den Reformkurs der Bundesregierung. Bei den Sozialen Sicherungssystemen gilt es, die Effizienz - insbesondere durch bessere Anreizstrukturen, mehr Wettbewerb und effizientere Verwaltungsstrukturen - noch weiter zu erhöhen. Entscheidend ist zudem, die Einnahmehasis der Sozialen Sicherungssysteme dauerhaft zu verbessern, insbesondere durch eine Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Mit der Fortsetzung der Berichterstattung zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird das Bundesministerium der Finanzen auch zukünftig sachgerecht über die Folgen der demografischen Veränderungen informieren.

Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik

Die Reformpolitik auf dem Arbeitsmarkt wird fortgesetzt. Aufgrund ihres Umfangs und Komplexität erfordern die in den letzten Jahren bereits umgesetzten Reformen indes Nachbesserungen. Die „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ wurden wissenschaftlich evaluiert, vor allem hinsichtlich der Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Auf Grundlage des zusammenfassenden Abschlussberichts, der derzeit erstellt wird, wird die Bundesregierung prüfen wie Effektivität und Effizienz der Arbeitsmarktpolitik weiter verbessert werden können. Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind bereits Anpassungen mit Wirkung zum 1. August 2006 vorgenommen worden: Das „Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für

² vgl. die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, November 2006

Arbeitsuchende“ („SGB II Fortentwicklungsgesetz“) trägt dazu bei, Leistungsmissbrauch besser zu bekämpfen und die Verwaltungspraxis zu vereinfachen.

Das Bundeskabinett hat am 13. September 2006 Eckpunkte eines Maßnahmenbündels zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer und zur Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser beschlossen („Initiative 50plus“). Insbesondere soll das zu frühe Ausscheiden der über 55-Jährigen aus dem Berufsleben u.a. durch verstärkte berufliche Weiterbildung verringert werden. Eine Verbesserung der Befristungsregelungen für Beschäftigte ab 52 Jahren soll die Einstellung älterer Erwerbstätiger erleichtern.

Die Bundesregierung will zudem die Arbeitsmarktchancen von Problemgruppen weiter erhöhen. Sie hat entsprechend dem Koalitionsvertrag eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Möglichkeiten zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten prüft. Das Bundeskabinett wird voraussichtlich im Dezember 2006 Eckpunkte einer Reform beraten.

Strukturenreformen in den sozialen Sicherungssystemen

Die Weichen für die finanzielle Stabilisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung wurden mit den bereits durchgeführten Reformen gestellt. In dieser Legislaturperiode wird die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenzen für die Altersrenten von 65 auf 67 Jahre, beginnend ab dem Jahr 2012, gesetzlich fixiert. Darüber hinaus sollen nicht realisierte Dämpfungen von Rentenanpassungen nachgeholt werden und die Dynamik der Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Rentenversicherung gestoppt werden – entsprechend der Zielsetzung des Koalitionsvertrages. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung. Notwendig ist jedoch eine sinnvolle Ergänzung durch eine betriebliche und private Altersvorsorge. Die Bundesregierung fördert daher bereits zielgenau den Aufbau einer zusätzlichen betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Vor allem diese Fördermaßnahmen haben dazu geführt, dass der Verbreitungsgrad der zusätzlichen Altersvorsorge deutlich ausgeweitet werden konnte. Im Jahr 2007 soll geprüft werden, welchen Verbreitungsgrad die betriebliche und private Altersvorsorge erreicht hat. Auf Basis der Ergebnisse ist dann gegebenenfalls über weitere geeignete Maßnahmen zu entscheiden.

Am 25. Oktober 2006 hat das Bundeskabinett eine grundlegende Gesundheitsreform beschlossen, die ab dem 1. April 2007 in mehreren Stufen in Kraft treten soll:

- Ein Gesundheitsfonds soll den Wettbewerb unter den Krankenkassen erhöhen und die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung transparenter machen. Der künftig einheitliche Beitragssatz wird von der Bundesregierung festgelegt. Die Krankenkassen erhalten vom Fonds einen einheitlichen Betrag je Versicherten sowie Zuschläge zum Ausgleich unterschiedlicher Alters-, Geschlechts- und Morbiditätsstrukturen. Über alle Kassen müssen zunächst 100% und später mindestens 95 % der Ausgaben aus Fondsmitteln gedeckt werden. Kommen Kassen

mit den Zuweisungen aus dem Fonds nicht aus, müssen sie ihr Kostenmanagement verbessern oder die fehlenden Mittel durch einen – in der Höhe begrenzten – Zusatzbeitrag bei ihren Versicherten erheben.

- Durch die anteilige Finanzierung von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem schrittweise ansteigenden Zuschuss aus dem Bundeshaushalt ab 2007 soll die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine tragfähigere und beschäftigungsfördernde Basis gestellt werden.
- Zusätzlich sollen Wahltarife, größere Vertragsfreiheiten der Kassen, ein neues ärztliches Vergütungssystem, Kosten-Nutzen-Analysen für neue Arzneimittel, eine bessere Verzahnung der ambulanten und der stationären Versorgung sowie eine Straffung der Verbandsstrukturen das Gesundheitswesen effizienter und transparenter machen.
- Durch die Portabilität von Alterungsrückstellungen soll der Wettbewerb innerhalb der Privaten Krankenversicherung intensiviert und die Wahl- und Wechselmöglichkeiten der Versicherten verbessert werden. Die privaten Krankenversicherungen müssen künftig zudem einen Basistarif anbieten, der im Umfang der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, Kontrahierungszwang vorsieht und keine Risikozuschläge oder Leistungsausschlüsse enthält.
- Durch Neuregelungen bei privater und gesetzlicher Krankenversicherung wird Einwohnern, die ohne Krankenversicherungsschutz sind, ein Zugang zu dem System (privat oder gesetzlich) ermöglicht, in dem sie zuletzt versichert waren oder dem sie aufgrund der Neuregelungen zuzuordnen sind.

Im Jahr 2007 wird die Bundesregierung ein Konzept zur Weiterentwicklung der Gesetzlichen Pflegeversicherung vorlegen.

Aktualisierte langfristige Modellrechnungen auf Gemeinschaftsebene

Die Untersuchungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Europäischen Union (EU) und der EU-Kommission zu den fiskalischen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wurden Herbst 2006 abgeschlossen. An diesen Arbeiten waren alle Mitgliedstaaten beteiligt. Die Ergebnisse bestätigen, dass langfristig erwartete Entlastungen - bei den Lohnersatzleistungen oder den Bildungsausgaben - zur Kompensation demografisch bedingter Ausgabensteigerungen - bei der Alterssicherung und im Gesundheitsbereich - nicht ausreichen. Von den auf Gemeinschaftsebene entwickelten Szenarien wurden solche ausgewählt, die den Gegebenheiten in Deutschland am meisten entsprechen (vgl. Tabelle 1). Bei den Kosten für die Pflege wurden im Rahmen der langfristig angelegten Rechnungen real konstante Leistungsbeiträge unterstellt.

Von ihrem Ansatz sind die auf europäischer Ebene abgestimmten Projektionen eher vergleichbar als isolierte nationale Schätzungen. Sie können den institutionellen Besonderheiten einzelner Mitgliedstaaten allerdings nur begrenzt Rechnung tragen. Bei der Beschäftigung wurde eine Konvergenz der strukturellen Arbeitslosenquote auf den derzeitigen Durchschnitt der EU 15 unterstellt.

Die Entwicklungen bei den Alterssicherungsausgaben spiegeln den Reformerfolg in Deutschland wider. Der demographisch bedingte Ausgabenanstieg liegt nach den aktuellen Projektionen bis zum Jahr 2050 bei unter zwei Prozentpunkten, im Jahr 2001 war hier noch ein Anstieg um sechs Prozentpunkte prognostiziert. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland nun im vorderen Mittelfeld.

Tab. 1: Ergebnisse der Gemeinschaftsrechnungen zur Entwicklung staatlicher Ausgabenbereiche in Deutschland in langfristiger Perspektive

	2004	2010	2020	2030	2040	2050
Ausgaben in % des BIP						
Alterssicherungsausgaben ¹⁾	11,4	10,5	11,0	12,3	12,8	13,1
<i>nachrichtlich: Beitragseinnahmen</i> ²⁾	7,7	7,3	7,3	8,3	8,7	8,9
Gesundheitsausgaben ³⁾	7,0	7,3	7,7	8,0	8,2	8,3
Bildungsausgaben ⁴⁾	4,0	3,6	3,3	3,3	3,3	3,3
Arbeitslosenversicherung ⁵⁾	1,3	1,1	0,9	0,9	0,9	0,9
Annahmen						
Produktivitätsfortschritt (p.a.)	1,1	0,8	1,5	1,8	1,7	1,7
BIP-Wachstum (p.a.)	1,5	1,8	1,8	1,0	1,1	1,2
Erwerbsbeteiligung	73,0	77,4	79,1	78,6	79,5	79,0
Männer (15 bis 64)	79,8	83,3	85,1	84,5	85,2	85,0
Frauen (15 bis 64)	66,0	71,3	72,9	72,5	73,6	72,9
Arbeitslosenquote	9,5	8,5	7,0	7,0	7,0	7,0
Altenquotient ⁶⁾	26,8	30,7	34,2	44,0	51,0	51,7
Bevölkerung insgesamt (Mio.)	82,5	83,1	83,5	82,7	80,7	77,7
Bevölkerung 65+ (Mio)	14,9	16,9	18,5	22,0	23,9	23,3

Ergebnisse von Modellrechnungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU und der EU-Kommission (Aging Report). Abweichungen durch unterschiedliche Rundung. Angaben beim Produktivitätsfortschritt und beim BIP-Wachstum beziehen sich auf den jeweils vorangegangenen 10-Jahres-Zeitraum, für 2010 auf den Zeitraum 2004 bis 2010.

- 1) Gesetzliche Rentenversicherung und Beamtenversorgung
- 2) Gesetzliche Rentenversicherung
- 3) Gesetzliche Krankenversicherung und Gesetzliche Pflegeversicherung (acute health care and long-term care)
- 4) Ohne Bildungsausgaben der Bundesanstalt für Arbeit
- 5) Lohnersatzleistungen
- 6) Bevölkerung 65+ in Relation zur Bevölkerung 15-64

2.3 Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext

Rechtliche Grundlage der haushaltspolitischen Überwachung in der EU sowie der Entscheidungen des ECOFIN-Rates im Rahmen der laufenden Defizitverfahren sind die einschlägigen Regelungen des Maastricht-Vertrages sowie der im Frühjahr 2005 reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der ECOFIN-Rat hat das Defizitverfahren gegen Deutschland am 14. März 2006 verschärft und Deutschland mit der Maßgabe in Verzug gesetzt, spätestens im Jahr 2007 das übermäßige Defizit zu beenden. Zudem ist Deutschland aufgefordert, sein strukturelles Defizit kumuliert in den Jahren 2006 und 2007 um insgesamt 1 Prozent des BIP zu verringern. Auf der Grundlage eines Umsetzungsberichts der Bundesregierung vom 5. Juli 2006 stellte die Europäische Kommission am 19. Juli 2006 fest, dass Deutschland die notwendigen Maßnahmen zur fristgerechten Rückführung des übermäßigen Defizits ergriffen hat. Der ECOFIN-Rat hat sich am 10. Oktober 2006 der Empfehlung der Europäischen Kommission angeschlossen, das Defizitverfahren gegen Deutschland ruhen zu lassen.

Deutschland wird sein gesamtstaatliches Defizit bereits 2006 deutlich unter den Referenzwert des Maastricht-Vertrages zurückführen. Hierzu hat die finanz- und wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung mit der Entscheidung für eine konjunkturgerechte Haushaltskonsolidierung einen wichtigen Beitrag geleistet. Es hat sich bewährt, dass mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakt eine Möglichkeit geschaffen wurde, die Fristen zur Rückführung des übermäßigen Defizits flexibler handhaben und den ökonomischen Notwendigkeiten eines Mitgliedstaates entsprechend anpassen zu können.

Die Bundesregierung wird den Weg der nachhaltigen strukturellen Konsolidierung und der Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen weiterhin konsequent verfolgen. Mittelfristiges Ziel bleibt der Haushaltsausgleich. Hierfür sind auch weitere Reformen auf dem Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen notwendig. Im Umsetzungs- und Fortschrittsbericht 2006 zum Nationalen Reformprogramm 2005-2008 hat die Bundesregierung über wichtige Vorhaben informiert, die seit der Präsentation des Nationalen Reformprogramms (NRP) auf den Weg gebracht bzw. bereits durch den Gesetzgeber umgesetzt wurden. Die im Nationalen Reformprogramm und dem ergänzenden Umsetzungsbericht dargestellten Maßnahmen stehen dabei zugleich in Übereinstimmung mit den generellen finanzpolitischen Empfehlungen im Rahmen der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ für den Zeitraum 2005 bis 2008.

3 Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2010

3.1 *Annahmen der Wachstumsvorausschätzung für das Jahr 2007 und die mittlere Frist*

Den Vorausschätzungen für den kurzfristigen und den mittelfristigen Prognosezeitraum (2006 bis 2010) werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

- Die **Weltwirtschaft** wird 2006 etwas stärker als im vergangenen Jahr wachsen (preisbereinigt +5 bis 5 ½ %) und auch im kommenden Jahr nur leicht darunter liegen (+4 bis 4 ½ %). Der Welthandel dürfte 2006 sogar mit 8 ½ bis 9 ½ % – nach 7 ½ % im Vorjahr – sogar deutlich stärker expandieren, während im Jahr 2007 mit einer leicht geringeren, aber immer noch dynamischen Entwicklung zu rechnen ist (+7 bis 7 ½ %). Im weiteren Mittelfristzeitraum bis 2010 wird eine geringfügige weitere Abschwächung der Zunahme des Welt-Bruttoinlandsprodukts und des Welthandelsvolumens erwartet. Deutschland wird seine Marktanteile aufgrund seiner hohen Wettbewerbsfähigkeit aber behaupten können.
- Als technische Annahmen für **Wechselkurse, Ölpreis und Zinsen** wird der jeweilige Durchschnitt der letzten Wochen vor der Prognoseerstellung gesetzt. Dies impliziert im Jahresdurchschnitt 2007 einen Wechselkurs von 1,26 US-Dollar je Euro, einen Ölpreis der Sorte Brent von 60 US-Dollar je Barrel sowie einen unveränderten Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank. Ebenfalls als technische Annahme wird bis zum Ende des Prognosehorizonts der reale Außenwert des Euro weitgehend stabil auf dem aktuellen Niveau verbleiben und die EZB wird Preisniveaustabilität bei einem relativ günstigen Zinsniveau sichern. Hinsichtlich des Energie- und Ressourcenangebots sind Engpässe zwar kaum zu erwarten, es ist aber weiterhin von Preisdruck aufgrund hoher Nachfrage auszugehen.
- Die **Lohnentwicklung** bleibt – wie schon in den vorangegangenen Jahren – in diesem Jahr mit einem Anstieg der Tariflöhne und -gehälter in der Gesamtwirtschaft von knapp 1 ½ % sehr moderat und wird auch im Jahr 2007 mit rund 1 ½ % nicht viel stärker steigen. Bei anhaltend negativer Lohndrift dürften die Effektivverdienste in diesem Jahr mit knapp ½ % nur leicht zugenommen haben. Auch im nächsten Jahr wird der Zuwachs mit knapp 1 % moderat bleiben. Die Lohnstückkosten auf Stundenbasis werden damit erneut sinken (2006: -1 ½ %, 2007: -¼ %). Es wird erwartet, dass die realen Lohnzuwächse auch mittelfristig produktivitätsorientiert sind.
- Die zu erwartenden ökonomischen Effekte der **beschlossenen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen** zur Konsolidierung der Staatsfinanzen sowie des begleitenden Impulsprogramms werden berücksichtigt.

3.2 Gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland im Jahr 2006

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat im Jahresverlauf deutlich an Dynamik gewonnen. So ist das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2006 kalender- und saisonbereinigt um real 0,6 % angestiegen, nach 1,1 % im 2. Quartal. Erfreulich ist, dass die außenwirtschaftlichen Impulse in diesem Jahr endlich auf die Binnennachfrage übergelassen sind. Die inländischen Auftriebskräfte schlugen sich insbesondere in einem kräftigen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen nieder. Die Unternehmen investierten wieder kräftig, und in der Baubranche zeichnet sich das Ende einer langen Krise ab. Gleichwohl muss hier berücksichtigt werden, dass Sondereffekte wie das Auslaufen der Eigenheimzulage für Neuverträge im vergangenen Jahr sowie Vorzieheffekte vor dem Hintergrund der Umsatzsteuererhöhung im Januar 2007 zusätzliche Anreize gaben. Dennoch hat wohl auch ein deutlicher konjunktureller Impuls die Bautätigkeit beflügelt. Lediglich die Indikatoren für die Konsumausgaben der privaten Haushalte signalisieren noch keine durchgreifende Besserung. Hier wird aufgrund von Vorzieheffekten aber ein deutlicher Anstieg im 4. Quartal erwartet. Darüber hinaus hat sich auch die Lage am Arbeitsmarkt in diesem Jahr sichtlich gebessert: Seit Anfang des Jahres nimmt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erstmals seit der letzten Boomphase im Jahr 2000 wieder stetig zu. Dies spiegelt sich auch in einem Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit wider. Trotz der noch bis zum Sommer spürbar gestiegenen Rohölpreise hat sich der Aufschwung unter den Bedingungen einer weiterhin stabilitätsgerechten Preisniveaumentwicklung vollzogen.

3.3 Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Gesamtwirtschaft

In ihrer Herbstprojektion rechnet die Bundesregierung **in diesem Jahr** mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 2,3 %. Nachdem es im vergangenen Jahr noch per saldo zu einem leichten Stellenabbau gekommen war, hat die Erwerbstätigkeit in diesem Jahr um rund ½ % zugenommen, und die registrierte Arbeitslosigkeit sank um rund 325 000 Personen.

Für das nächsten Jahr ist zu erwarten, dass sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik aufgrund der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vorübergehend – im Wesentlichen wohl auf die erste Jahreshälfte 2007 beschränkt – abschwächen wird, bevor sie dann im Laufe des Jahres wieder an Schwung gewinnen dürfte. Das reale Wirtschaftswachstum dürfte daher im Jahresdurchschnitt 2007 bei etwa 1,4 % liegen. Die Umsatzsteuererhöhung wird vor allem den privaten Konsum und die Bauinvestitionen zu Anfang des nächsten Jahres dämpfen. Die Ausrüstungsinvestitionen profitieren dagegen im kommenden Jahr nochmals von den vergünstigten Abschreibungsbedingungen, die bis Ende 2007 gelten. Aufgrund der nur leicht geringeren weltwirtschaftlichen Dynamik, von der im nächsten Jahr auszugehen ist, wird der Außenhandel nochmals an Stärke zunehmen. Da die Umsatzsteuererhöhung nur die Importe, nicht aber die Exporte betrifft, ist damit zu rechnen, dass der Impuls durch den

Außenbeitrag wieder zunimmt. Insgesamt wird damit erwartet, dass die Wachstumskräfte, die in der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr – auch durch Sondereffekte unterstützt – besonders stark sind, im nächsten Jahr weitgehend erhalten bleiben. Auch der Arbeitsmarkt wird von der vorübergehenden Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik betroffen sein. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Erwerbstätigkeit aber, auch aufgrund des statistischen Überhangs aus diesem Jahr, in ähnlicher Größenordnung wie 2006 steigen. Entsprechend ist mit einer Fortsetzung des Abbaus registrierter Arbeitslosigkeit zu rechnen, auch wenn er geringer ausfallen dürfte als in diesem Jahr.

In den Folgejahren (2008 bis 2010) wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um jeweils rund $1\frac{3}{4}\%$ zunehmen. Wichtigste Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Projektionen zur mittleren Frist sind Überlegungen zu den angebotsseitigen Bestimmungsgründen der Wirtschaftsentwicklung. Die lang anhaltende wirtschaftliche Schwächephase, die mit einer ausgeprägten Investitionszurückhaltung einherging, hat die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten beeinträchtigt. Bei wieder vermehrten Investitionen in Sach- und Humanvermögen wird sich das jährliche Potentialwachstum gegen Ende des Mittelfristzeitraums voraussichtlich in Richtung $1\frac{1}{2}\%$ bewegen. Erst in der längeren Frist wird dann wieder mit einer Potentialwachstumsrate zu rechnen sein, die sich in einer Spanne von $1\frac{1}{2}$ bis 2% bewegen dürfte.

Die Wachstumsimpulse im **gesamten Vorausschätzungszeitraum** gehen dabei nicht nur von den Exporten aus, auch die Binnennachfrage dürfte immer stärker zum Wirtschaftswachstum beitragen. Dabei dürfte die für die mittlere Frist erwartete Aufwärtsentwicklung der Investitionstätigkeit Hand in Hand mit einer Ausweitung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte gehen und sich gegenseitig verstärken. Denn einerseits bedeuten mehr Investitionen auch mehr Beschäftigung und damit eine höhere kaufkräftige Nachfrage der privaten Haushalte. Andererseits ist eine Ausweitung der Privaten Konsumausgaben mit verbesserten Absatzperspektiven der Unternehmen verbunden, die die Investitionstätigkeit anreizen. Durch diesen sich selbst verstärkenden Prozess würde die Binnennachfrage in Deutschland nachhaltig gefestigt, während der Staatsverbrauch als Folge des Konsolidierungskurses über den gesamten Projektionszeitraum nur wenig zunehmen wird. Bei einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im gesamten Mittelfristzeitraum um real $1\frac{3}{4}\%$ p.a. und einer jahresdurchschnittlichen Preissteigerung gemessen am Bruttoinlandsprodukt von etwa 1% p.a. könnte das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen um durchschnittlich $2\frac{1}{2}\%$ p.a. steigen. Als Folge der durchgeführten Reformen sollte die Erwerbsbeteiligung steigen (Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern) und sich die Sockelarbeitslosigkeit zugleich verringern, das Erwerbspersonenpotential infolge der strukturellen Reformen also besser ausgeschöpft werden. Die Erwerbstätigkeit dürfte um rund $\frac{1}{2}\%$ p.a. steigen, der Abbau der Arbeitslosigkeit allerdings etwas dahinter zurückbleiben.

Risiken dieser Projektion bleiben weiterhin die unvermindert bestehenden globalen Ungleichgewichte sowie mögliche negative Effekte abrupt sinkender Immobilienpreise in anderen Ländern, aber auch eine insgesamt stärkere Abkühlung der weltwirtschaftlichen Dynamik als derzeit erwartet. Die zuletzt zwar wieder gesunkenen Rohölpreise könnten aufgrund geopolitischer Risiken oder witterungsbedingter Engpässe ebenfalls wieder stärker steigen. Binnenwirtschaftlich ist der immer noch labile private Konsum als Risiko zu nennen.

Wenngleich die Abwärtsrisiken etwas größer erscheinen, bestehen auch **Chancen** auf eine günstigere weltwirtschaftliche Entwicklung, einen niedrigeren Rohölpreis sowie positive Vertrauenseffekte durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, so dass die Belastung der Binnenkonjunktur im kommenden Jahr weniger stark als hier unterstellt ausfallen könnte.

Tab. 2: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2006 bis 2010

	ESA Code	2005	2006	2007	2008/10
BIP preisbereinigt, Kettenindex; Veränderung p.a. in %	B1g	0,9	2,3	1,4	1 ¾
BIP in jeweiligen Marktpreisen; Veränderung p.a. in %	B1g	1,5	2,9	2,6	2 ½
BIP-Deflator p.a. in %		0,6	0,5	1,2	1
Erwerbstätige (Inland) p.a. in %		- 0,1	0,6	0,6	½
Arbeitsproduktivität ² p.a. in %		1,0	1,7	0,8	1 ¼
Verwendung des BIP preisbereinigt, Kettenindex: Veränderung p.a.					
1. Private Konsumausgaben³	P3	0,1	0,8	0,3	1
2. Staatliche Konsumausgaben	P3	0,6	1,2	0,2	½
3. Bruttoanlageinvestitionen	P51	0,8	5,2	3,4	3 ½
4. Vorratsveränderungen (BIP-Wachstumsbeitrag)⁴	P52 + P53	0,2	0,3	-0,3	0
5. Export	P6	6,9	10,0	6,7	4
6. Import	P7	6,5	10,2	5,5	4
BIP-Wachstumsbeiträge⁴					
7. Inlandsnachfrage (ohne Vorräte)		0,3	1,6	0,9	1 ½
8. Vorratsveränderungen	P52 + P53	0,2	0,3	-0,3	0
9. Außenbeitrag	B11	0,4	0,5	0,8	¼

- (1) 2005: Vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes vom August 2006;
2006 und 2007: Ergebnisse des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ vom Oktober 2006;
2008 bis 2010: an die Ergebnisse des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ vom Oktober 2006 angepasste mittelfristige Projektion vom April 2006.
- (2) BIP je Erwerbstätigen.
(3) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
(4) Beitrag zur Zuwachsrate des BIP

4 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

4.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos

Finanzierungssaldo 2007: - 1 ½ % des BIP

Der staatliche Finanzierungssaldo wird in diesem Jahr auf -2,1% des BIP sinken. Im Jahr 2007 ist von einer weiteren Absenkung auf rd. -1 ½ % des BIP auszugehen. Am Ende der Programmperiode wird die gesamtstaatliche Defizitquote unter den Annahmen des Programmszenarios auf rd. - ½ % des BIP zurückgehen.

Tab. 3: Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Finanzierungssaldo	- in % des BIP -					
Projektion November 2006	-3,2	-2,1	-1 ½	-1 ½	-1	- ½
Projektion Februar 2006	-3,3	-3,3	-2 ½	-2	-1 ½	

Die Finanzierungssalden sind auf einen halben Prozentpunkt gerundet.

Im Verlauf der Programmperiode lassen sich folgende wesentliche Bestimmungsgründe für die Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos skizzieren:

- Im laufenden Jahr **2006** wird der staatliche Finanzierungssaldo maßgeblich durch die konjunkturelle Entwicklung und die Dynamik bei den gewinnabhängigen Steuern bestimmt. Die finanzpolitischen Maßnahmen wirken weitgehend ausgewogen. Konsolidierungsmaßnahmen, die zum Teil bereits in der vergangenen Legislaturperiode umgesetzt wurden, führen zu einer Fortsetzung der ausgabenseitigen Konsolidierungslinie. Diese wird durch aktuell beschlossene Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaftstätigkeit und zur Verbesserung der Wachstumsaussichten flankiert. Zusätzlich führen starke – nicht allein konjunkturell erklärbar – Zuwächse bei den gewinnabhängigen Steuern zu einer deutlichen Reduzierung des gesamtstaatlichen Defizits. In Folge dessen kann die Defizitquote in diesem Jahr auf -2,1 % des BIP zurückgehen.
- Ab dem Jahr **2007** wird das gesamtstaatliche Defizit durch die in Kapitel 2 beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen weiter auf -1 ½ % des BIP abgesenkt. Die Bundesregierung hat Umfang und Wirkung der umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen ausführlich in ihrem „Bericht zur Umsetzung von Maßnahmen zur Haushaltssanierung“ dargestellt.³ Die Maßnahmen sind nun

³ Vgl. „Bericht zur Umsetzung von Maßnahmen für den zur Haushaltssanierung erforderlichen Abbau des übermäßigen Defizits nach Artikel 2 Abs. 1 der Entscheidung des ECOFIN-Rates vom 14. März 2006 über die Inverzugsetzung Deutschlands gemäß Art. 104 (9) EG Vertrag“, vom 5. Juli 2006, Internet:

Bestandteil des Bundeshaushalts 2007 und der aktuellen Haushaltspläne der Länder geworden. Die Maßnahmen führen im Jahr 2007 – bezogen auf eine Basislinie ohne Maßnahmen – zu einer Brutto-Konsolidierungswirkung von rd. 1 ¼ % des BIP (ohne Berücksichtigung indirekter Wachstumswirkungen). Gegenüber den im Umsetzungsbericht dargestellten Maßnahmen wurde zusätzlich ein Anstieg der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung um rd. 0,5 Punkte berücksichtigt.

- Für das Jahr **2008** plant die Bundesregierung eine Reform der Unternehmensbesteuerung. Zielsetzung der Reform ist eine deutliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Deshalb sollen u.a. die Steuersätze für Körperschaften spürbar gesenkt werden. Der Pfad der strukturellen Haushaltskonsolidierung wird sich aufgrund der Berücksichtigung von Mindereinnahmen bei der Unternehmensteuerreform verlängern, da sich die Erträge der Reform erst mittelfristig aus der Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen ergeben. Aufgrund der unterstellten Fortführung der restriktiven Ausgabenlinie wird die Reform jedoch nicht zu einer Erhöhung der Defizitquote führen. Im Jahr 2008 wird das Staatsdefizit dem Niveau des Vorjahres entsprechen.
- In den Jahren **2009 und 2010** wird sich das Wachstum der Steuereinnahmen dann wieder auf dem ursprünglichen Pfad bewegen. Die Konsolidierungswirkung des Maßnahmenpakets fällt wegen des Auslaufens befristeter expansiver Maßnahmen stärker aus. Die Defizitquote kann – bei Beibehaltung der Ausgabenlinie - bis zum Ende des Projektionszeitraumes auf rd. -½ % des BIP sinken.

Entwicklung der staatlichen Ebenen

Der **Bund** kann durch die Verbesserung der Einnahmehasis im Jahr 2007 die verfassungsrechtliche Regelgrenze der Kreditfinanzierung unterschreiten. Die Nettokreditaufnahme wird 2007 19 ½ Mrd. € betragen. Neben der Umsetzung der gesetzlichen Maßnahmen ist der Bundeshaushalt 2007 maßgeblich durch eine Fortsetzung der restriktiven Linie im Bereich der konsumtiven Staatsausgaben bestimmt. In der Gesamtschau aller enthaltenen Maßnahmen sowie der im Wege der regulären Haushaltsaufstellung erzielten Einsparungen wird der Bund mit dem Haushalt 2007 eine restriktive Ausgabenpolitik umsetzen. Die weitgehend konsumtiven Ausgaben der laufenden Rechnung werden im Jahr 2007 - bereinigt um die zusätzlichen Zuweisungen an die Bundesagentur für Arbeit - um lediglich 0,6 % zunehmen. Die gleiche Zuwachsrate ergibt sich für die gesamten Ausgaben des Bundes in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Finanzierungssaldo des Bundes in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verringert sich von -2,1 % des BIP im Jahr 2005 auf rd. -1 ½ % des BIP im Jahr 2007. Mittelfristig wird sich das Maastricht-Defizit des Bundes weiter auf unter -1% des BIP verringern. Die damit einhergehende Verbesserung der strukturellen Haushaltssituation des Bundes zeigt sich unter anderem darin, dass der Bund am Ende der Programmperiode seine

verfassungsrechtliche Kreditgrenze ohne kassenmäßige Entlastungen durch finanzielle Transaktionen einhalten kann.

Tab. 4: Finanzierungssalden nach Ebenen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	- in % des BIP -					
Bund einschließlich Sonderrechnungen	-2,1	-1 ½	-1 ½	-1	-1	-1
Länder und Gemeinden	-1,0	- ½	-0	- ½	-0	0
Sozialversicherungen	-0,2	0	-0	-0	0	0
Staat ¹⁾	-3,2	-2,1	-1 ½	-1 ½	-1	- ½

(1) Die Finanzierungssalden sind auf einen halben Prozentpunkt gerundet. Abweichungen des gesamtstaatlichen Defizits von der Summe der Defizite der einzelnen Ebenen sind rundungsbedingt.

Die aktuelle Projektion zur Entwicklung der Haushalte von **Ländern und Gemeinden** zeigt ein sehr positives Bild. Die zu Grunde liegenden Annahmen über die Haushaltsentwicklung wurden am 10. November zwischen dem Bundesfinanzminister und den Finanzministern der Länder im Finanzplanungsrat erörtert. Die Haushalte der Länder tragen durch Fortsetzung der strukturellen Haushaltskonsolidierung substantiell zur Rückführung des Staatsdefizits bei, das Defizit der Länder einschl. Gemeinden wird im Jahr 2007 weitgehend abgebaut sein. Die Arbeitnehmerentgelte der Länder – die rd. 31 % des gesamten Ausgabenvolumens bestimmen – werden in den Jahren 2006 und 2007 durchschnittlich um rd. ½ % pro Jahr zurückgehen. Ab dem Jahr 2008 ist aufgrund von Tarifsteigerungen wieder mit einem Anstieg der Personalausgaben zu rechnen.

Neben den Gebietskörperschaften können auch die **Sozialversicherungen** von der günstigen konjunkturellen Lage profitieren. Verhalten steigende Beitragseinnahmen gehen einher mit Einsparungen auf der Ausgabenseite – insbesondere beim Arbeitslosengeld I. Das von der Bundesagentur für Arbeit ausgezahlte Arbeitslosengeld wird in diesem Jahr um rund 14 % und im kommenden Jahr 2007 um rd. 6 ½ % zurückgehen. Der Rückgang des Arbeitslosengeldes wird in diesem Jahr zu einem deutlichen Überschuss bei der Bundesagentur für Arbeit führen. Im Jahr 2007 wird dann jedoch in Folge der Absenkung der Sozialbeiträge ein Defizit von rd. 0,1 bis 0,2 % des BIP bei der Bundesagentur für Arbeit entstehen. Auch die Rentenversicherung wird im kommenden Jahr noch ein Defizit von rd. 0,1% des BIP aufweisen. Bis zum Jahr 2010 wird sich die Finanzsituation der Sozialversicherungen dann spürbar verbessern. Beitragsanpassungen bei der Renten- und Krankenversicherung sowie der Eintritt relativ geburtenschwacher Jahrgänge in die Rente bewirken einen deutlich gebremsten Anstieg der sozialen Transfers der Sozialversicherungen. Am Ende des Projektionszeitraums wird daher mit einem leichten Überschuss bei den Sozialversicherungen gerechnet.

4.2 Entwicklung von Ausgaben- und Einnahmen

Einnahmenentwicklung

Bei den **Steuereinnahmen** in VGR-Abgrenzung wird im laufenden Jahr ein Zuwachs von rd. 6 ½ % gg. dem Jahr 2005 erwartet. Die Entwicklung der Steuereinnahmen stellt sich damit im Vergleich zur letzten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms (Februar 2006) deutlich günstiger dar. Das Niveau der Steuern liegt rd. 1% des BIP höher als in der Februar-Projektion. Die Steuerquote wird im Jahr 2006 nunmehr 23 % des BIP betragen. Insbesondere die gewinnabhängigen Steuern weisen überraschend hohe Zuwächse auf. Das Aufkommen der Körperschaftsteuer steigt um rd. 42% gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg wird jedoch nicht in vollem Umfang zur dauerhaften Verbesserung der staatlichen Steuerbasis führen; das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern ist regelmäßig mit erheblichen nicht-zyklischen Schwankungen verbunden. Im Jahr 2007 wird in der Projektion von einem Rückgang der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer ausgegangen. Eine deutliche strukturelle Verbesserung der Steuerbasis wird im Jahr 2007 vor allem durch die vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen erreicht. Die Steuereinnahmen werden in Folge dessen um rd. 5 ½ % steigen, die Steuerquote wird rd. 23 ½ % des BIP betragen.

Die steigende Steuerquote wird durch eine rückläufige **Sozialbeitragsquote** weitgehend ausgeglichen. Im laufenden Jahr werden die Sozialbeiträge – bedingt durch die schwache Entwicklung der Bruttolöhne – nur um gut ½ % zunehmen. Die Sozialbeitragsquote wird allein durch diese Entwicklung trotz konstanter Beitragssätze auf 17 ½ % des BIP zurückgehen. Im kommenden Jahr 2007 werden die steuerlichen Maßnahmen dann z.T. durch eine Absenkung der Sozialbeiträge kompensiert. Die nominale Beitragsbelastung sinkt von rd. 42 % im Jahr 2006 auf rd. 40 ½ % im Jahr 2007; gleichzeitig steigen die Bruttolöhne deutlich langsamer als das nominale BIP. In der Folge wird die Abgabenquote mit rd. 40 % des BIP trotz Steuererhöhungen insgesamt konstant bleiben. Mittelfristig ist wegen dem in der Programmperiode unterstellten unterproportionalen Zuwachs der Bruttolöhne mit einem erneuten leichten Absinken der Abgabenquote zu rechnen.

Tab. 5: Entwicklung der Steuer-, Sozialbeitrags- und Abgabenquote

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	- in % des BIP -					
Steuerquote	22,0	23	23 ½	23	23	23 ½
Sozialbeitragsquote	17,7	17 ½	16 ½	16 ½	16	16
Abgabenquote¹⁾						
Projektion November 2006	39,7	40	40	39 ½	39 ½	39
Projektion Februar 2006	39,5	39	39 ½	39	39	-

(1) Differenzen zwischen Abgabenquote und der Summe aus Steuer- und Sozialbeitragsquote sind rundungsbedingt.

Die **Staatseinnahmen** insgesamt werden 2007 rd. 43 ½ % des BIP betragen; trotz Steuererhöhung wird die gesamtstaatliche Einnahmequote gegenüber dem Vorjahr nicht zunehmen. Neben den Sozialbeiträgen wirken sich dabei auch die rückläufigen **sonstigen Einnahmen** aus. So gehen die Vermögenseinkommen des Staates durch die vorzeitige Rückzahlung von Forderungen Deutschlands gegenüber dem Ausland im Jahr 2007 um rd. 0,1 %-Punkt des BIP zurück.

Staatsausgaben wachsen 2006 lediglich um + ½ %

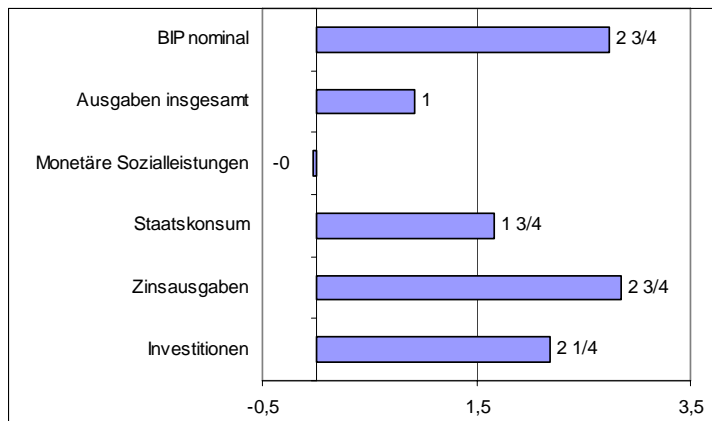
Zwar hat die Einnahmeentwicklung in diesem Jahr wesentlich zur Beendigung des übermäßigen Defizits beigetragen. Betrachtet man die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr, geht der deutlich höhere Konsolidierungsbeitrag von der Ausgabenseite aus. Während die Einnahmequote gegenüber dem Vorjahresniveau nur geringfügig zunimmt, wird die Staatsquote in Folge eines nur geringen Ausgabenzuwachses von rd. ½ % von 46,8% des BIP im Jahr 2005 auf 45 ½ % des BIP zurückgehen. Im Jahr 2007 wird die Staatsquote weiter auf rd. 45% des BIP zurückgehen. Der Rückgang der Staatsquote trägt daher in ganz überwiegendem Teil zur Verringerung der Defizitquote bei.

Tab. 6: Entwicklung der Staatsquote

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Staatsquote	- in % des BIP -					
Projektion November 2006	46,8	45 ½	45	44 ½	43 ½	43
Projektion Februar 2006	46,7	46	45	44	43 ½	-

Der jahresdurchschnittliche Ausgabenzuwachs liegt in der Programmperiode bei rd. +1%. In der Folge würde die Staatsquote bis zum Ende der Programmperiode auf rd. 43% des BIP zurückgehen. Zwar wurde – auch vor dem Hintergrund der verbesserten Einnahmesituation – in der Projektion ein Anstieg der Staatsausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand und Investitionen unterstellt. Andererseits wird – ebenfalls korrespondierend mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – davon ausgegangen, dass die monetären Sozialtransfers (rd. 41% der Staatsausgaben) in der Programmperiode nicht weiter steigen (vgl. Abbildung 1).

Abb. 1: Jahresdurchschnittliche Entwicklung einzelner Ausgabenpositionen 2005 bis 2010 - in % gg. Vorjahr -



4.3 Entwicklung des strukturellen Defizits/Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel

Abbau des strukturellen Defizits 2006 und 2007 insgesamt über 1%-Punkt

Im Jahr 2006 wird das strukturelle Defizit voraussichtlich um rd. $\frac{3}{4}$ %-Punkte zurückgehen. Im Jahr 2007 wird ein weiterer Abbau des strukturellen Defizits um rd. $\frac{1}{2}$ %-Punkt erreicht. Die Empfehlung des ECOFIN-Rates, das strukturelle Defizit in den Jahren 2006 und 2007 kumuliert um mehr als 1 %-Punkt zurückzuführen, wird daher deutlich umgesetzt.

Die Veränderung des strukturellen Defizits 2006 zeigt, dass die Verbesserung bei der nominalen Defizitquote 2006 um 1,1% Punkte gegenüber dem Vorjahr nicht allein konjunkturell erklärt werden kann. Zwar verringert sich die Produktionslücke von rd. -1 % des potenziellen BIP auf beinahe 0 im Jahr 2006. Die für das Konjunkturbereinigungsverfahren verwendeten Budgetsensitivitäten leiten hieraus jedoch „nur“ eine konjunkturbedingte Defizitverbesserung um rd. $\frac{1}{2}$ %-Punkt ab, so dass die restliche Defizitverbesserung als „strukturell“ erklärt wird. Hier schlägt sich zum einen die zusätzliche Konsolidierungswirkung der restriktiven Ausgabenlinie nieder. Zum anderen werden starke Variationen bei den gewinnabhängigen Steuern von den gängigen Verfahren zur Konjunkturbereinigung nicht als „konjunkturell“ erklärt. Ein Problem besteht hierbei z.B. darin, dass die Bemessungsgrundlage der gewinnabhängigen Steuern sich in den verfügbaren Modellen nicht adäquat abbilden lässt. Es ist zudem a priori keineswegs eindeutig, dass ein Anstieg der Unternehmensgewinne allein „konjunkturell“, d.h. zyklisch bedingt ist. Hier können sich teilweise auch strukturelle gesamtwirtschaftliche Effekte zeigen, zudem kann es zu erheblichen Verzerrungen durch periodenübergreifende Effekte kommen. Es ist daher nicht möglich, die tatsächlichen konjunkturellen Effekte auf die Veränderung der gewinnabhängigen Steuern zu isolieren. Hier zeigt sich erneut, dass das

konjunkturbereinigtes Defizit nur ein Analysetool ist, das lediglich sehr grob Auskunft über die Wirkungsrichtung der Finanzpolitik geben kann.

Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel

Deutschland verfolgt das Ziel, einen mittelfristig strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen. Daher wird die strukturelle Konsolidierung auch im Projektionszeitraum fortgesetzt. Das strukturelle Defizit wird in jahresdurchschnittlicher Betrachtung im Verlauf der Programmperiode um einen ½ %-Punkt pro Jahr zurückgeführt. Am Ende der Programmperiode wird das strukturelle Defizit nur noch rd. -1 % des BIP betragen. Die jährliche Betrachtung zeigt allerdings, dass sich im Jahr 2008 aufgrund der geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung kein Abbau des strukturellen Defizits ergeben kann. Der Pfad der strukturellen Haushaltskonsolidierung wird sich aufgrund der Berücksichtigung möglicher Mindereinnahmen bei der Unternehmensteuerreform verlängern, da sich die Erträge der Reform erst mittelfristig aus der Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen ergeben.

Tab. 7: Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anstieg des realen BIP	0,9	2,3	1 ½	1 ¾	1 ¾	1 ¾
Finanzierungssaldo des Sektors Staat in % des BIP	-3,2	-2,1	-1 ½	-1 ½	-1	- ½
konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo in % des BIP	-2,7	-2	-1 ½	-1 ½	-1	- 1
Einmalmaßnahmen in % des BIP	-0,1					
Struktureller Finanzierungssaldo in % des BIP	-2,8	-2	-1 ½	-1 ½	-1	- 1
Veränderung des strukturellen Finanzierungssaldos in %-Punkten	½	¾	½	0	½	½

Die Defizite sind – mit Blick auf die mit jeder Projektion verbundenen Unsicherheiten – auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet. Differenzen zwischen Niveau und Veränderung des strukturellen Defizits sind rundungsbedingt.

Bei der Berechnung des strukturellen Defizits wird im hier betrachteten Zeitraum von einem Wachstum des Produktionspotentials um rund 1 ½ % p.a. ausgegangen. Die Annahmen über die Entwicklung des Produktionspotentials und die Höhe der Produktionslücke unterscheiden sich von der Herbstprognose der Europäischen Kommission insbesondere bezüglich der Annahmen zur strukturellen Arbeitslosenquote (NAIRU). Hier wird – im Gegensatz zur Herbstprognose der KOM – aufgrund der durchgeführten Arbeitsmarktreformen von einem mittelfristig sinkenden Niveau ausgegangen.

4.4 Entwicklung des Schuldenstandes

Gegenüber der vorherigen Projektion entwickelte sich die Kreditaufnahme günstiger als erwartet. Die Schuldenquote verharrt im laufenden Jahr bei 67,9 % des Bruttoinlandsproduktes, nachdem im Februar noch von einem Anstieg auf 69 % ausgegangen werden musste. Dies ist eine direkte Folge des niedrigeren Finanzierungssaldos und der kassenmäßigen Überschüsse der Sozialversicherungen.

Im Jahr 2006 wird es daher gelingen, den Schuldenstand zu stabilisieren. Schon im Jahr 2007 beginnt dann eine Reduzierung der Quote auf 67 %. In Folge der weiteren Konsolidierung kann der Schuldenstand bis zum Ende der Programmperiode auf 64 ½ % des BIP zurückgeführt werden.

Tab. 8: Entwicklung der Schuldenquote

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Schuldenquote	- in % des BIP -					
Projektion Dezember 2006	67,9	68	67	66 ½	65 ½	64 ½
Projektion Februar 2006	67 ½	69	68 ½	68	67	-

4.5 Sensitivität der Defizitprojektion

Die Sensitivitätsanalyse stellt die Entwicklungen dar, die sich bei Abweichungen gegenüber den gesamtwirtschaftlichen Annahmen ergeben. Unterstellt sind Änderungen beim Anstieg des nominalen BIP von ½ %-Punkt im Verlauf der Programmperiode ab dem Jahr 2007.

Die Sensitivitätsanalyse zeigt, dass eine positive Wachstumsabweichung um rd. ½ %-Punkt über die genannte Programmperiode dazu führen würde, dass der Staatshaushalt im Jahr 2010 einen Überschuss aufweisen würde. Eine gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die ab dem Jahr 2007 einen halben Prozentpunkt unterhalb des hier zugrunde gelegten Wachstumspfades verlief, könnte den weiteren

Konsolidierungsprozess zum Stillstand bringen, die Defizitquote läge durchgehend bei rd. -2% des BIP.

Tab. 9: Sensitivität der Defizitprojektion

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Defizitquote ¹⁾	- in % des BIP -					
Projektion November 2006	-3,2	-2,1	-1 ½	-1 ½	-1	- ½
Projektion November 2006						
<ul style="list-style-type: none"> • bei geringerem Anstieg des nominalen BIP 2007-2010 (- ½ Prozentpunkt) • bei höherem Anstieg des nominalen BIP 2007-2010 (+ ½ Prozentpunkt) 			-2	-2	-2	-1 ½
			-1 ½	-1	-½	+½

(1) Die Defizite sind mit Blick auf die mit jeder Projektion verbundenen Schätzunsicherheiten auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

Anhang

Tab. 10: Entwicklung der Staatsfinanzen⁽¹⁾

(in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen)

	ESA-Code	2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010
		in Mrd €		in % des Bruttoinlandsproduktes				
Finanzierungssalden (B.9) der staatlichen Ebenen								
Staat insgesamt	S.13	-72,6	-3,2	-2,1	-1 1/2	-1 1/2	-1	- 1/2
Bund	S.1311	-47,7	-2,1	-1 1/2	-1 1/2	-1	-1	-1
Länder und Gemeinden		-21,4	-1,0	- 1/2	-0	- 1/2	-0	0
Sozialversicherung	S.1314	-3,4	-0,2	0	-0	-0	-0	0
Staat insgesamt								
Einnahmen, insgesamt	TR	975,9	43,5	43 1/2	43 1/2	42 1/2	42 1/2	42
Ausgaben, insgesamt	TE 18	1048,5	46,8	45 1/2	45	44 1/2	43 1/2	43
Finanzierungssaldo	EDP B.9	-72,6	-3,2	-2,1	-1 1/2	-1 1/2	-1	- 1/2
geleistete Vermögenseinkommen, Zinsausgaben (inkl. FISIM)	EDP D.41 inkl. FISIM	64,4	2,9	3	3	3	3	3
nachr.: FISIM		2,4	0,1	0	0	0	0	0
Primärsaldo		-10,6	-0,5	1/2	1	1	1 1/2	2
Ausgewählte Einnahmen								
Steuern, insgesamt (D.2.+D.5.+D.91.)		493,0	22,0	23	23 1/2	23	23	23 1/2
Sozialbeiträge	D.61	397,0	17,7	17 1/2	16 1/2	16 1/2	16	16
Sonstige Einnahmen		85,8	3,8	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3	3
Einnahmen, insgesamt	TR	975,9	43,5	43 1/2	43 1/2	42 1/2	42 1/2	42
nachr.: Abgabenquote (D2+D.5+D.61+D9-D.995)			39,7	40	40	39 1/2	39 1/2	39
Ausgewählte Ausgaben								
Vorleistungen Soziale Sachleistungen Arbeitnehmerentgelt sonstige Produktionsabgaben	P.2 D.63 D.1 D.29	431,1	19,2	19	19	18 1/2	18 1/2	18
Monetäre Sozialleistungen	D.62	430,2	19,2	18 1/2	18	17 1/2	17	16 1/2
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsausgaben (inkl. FISIM))	EDP D.41 inkl. FISIM	64,4	2,9	3	3	3	3	3
Subventionen	D.3	26,8	1,2	1	1	1	1	1
Bruttoinvestitionen	P.51	30,2	1,3	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
Sonstige Ausgaben		65,9	2,9	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Ausgaben, insgesamt	TE 21	1048,5	46,8	45 1/2	45	44 1/2	43 1/2	43
nachr.: Konsumausgaben	P.32	419,6	18,7	18 1/2	18 1/2	18	18	18

(1) Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tab. 11: Entwicklung des Schuldenstandes des Staates
(„Maastricht“-Schuldenstand)

	ESA-Code	2005	2006	2007	2008	2009	2010
		in % des Bruttoinlandsproduktes					
Schuldenstand		67,9	67,9	67	66 1/2	65 1/2	64 1/2
Veränderung des BIP-Anteils in vH		2,2	-0	-1	-1	-1	-1
Beiträge zur Veränderung des Maastricht-Schuldenstandes							
Primärsaldo		-0,5	1/2	1	1	1 1/2	2
Zinsausgaben (inkl. FISIM)		2,8	3	3	3	3	3

Tab. 12: Gegenüberstellung der Projektionen des Stabilitätsprogramms Dezember 2006 und des Stabilitätsprogramms Februar 2006

	ESA-Code	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Veränderung des nominalen BIP							
aktuelle Schätzung		1,5	2,9	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
vorherige Schätzung		1,3	2,2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	
Differenz		0,2	1/2	-0	0	0	
Finanzierungssaldo (in % des BIP) EDP.9							
aktuelle Schätzung		-3,2	-2,1	-1 1/2	-1 1/2	-1	- 1/2
vorherige Schätzung		-3,3	-3,3	-2 1/2	-2	-1 1/2	
Differenz		0,1	1	1	1/2	1/2	
Schuldenstand (in % des BIP)							
aktuelle Schätzung		67,9	67,9	67	66 1/2	65 1/2	64 1/2
vorherige Schätzung		67 1/2	69,0	68 1/2	68	67	
Differenz		1/2	-1	-1 1/2	-1 1/2	-1 1/2	